D 13614

Gesetz- und Verordnungsblatt

für das Land Hessen · Teil I

1998	Ausgegeben zu Wiesbaden am 10. Februar 1998	Nr. 2

Tag	Inhalt	Seite
30. 1. 98	**Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung und anderer Vorschriften** ..... *Ändert GVBl. II 13-24, 12-8*	26
20. 1. 98	Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Senate und Kammern bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit ..... *Ändert GVBl. II 212-12*	28
30. 1. 98	Verordnung zur Änderung der Verordnung über die von den Fachhochschulen zu verleihenden Diplomgrade ..... *Ändert GVBl. II 70-185*	29
28. 1. 98	Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten der Beamten und Richter im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten ..... *Ändert GVBl. II 320-71*	30
	Berichtigung	31
	Berichtigung	31

Dieser Nummer liegt das **Jahresinhaltsverzeichnis 1997** („Zeitliche Übersicht" und „Sachverzeichnis") für das Gesetz- und Verordnungsblatt für das Land Hessen, Teil I, bei. Beim Binden ist das Titelblatt mit der „Zeitlichen Übersicht" am Anfang und das „Sachverzeichnis" am Schluß des Bandes einzufügen.

Der Landtag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung und anderer Vorschriften

Vom 30. Januar 1998

Artikel 1[1])

Das Gesetz über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung vom 27. Juli 1993 (GVBl. I S. 339) wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 und 2 erhält folgende Fassung:

   „1. ein Amtsgehalt, und zwar

   die Ministerpräsidentin oder der Ministerpräsident in Höhe des um neunzehn Hundertstel erhöhten Grundgehaltes der Besoldungsgruppe B 11 der Bundesbesoldungsordnung B des Bundesbesoldungsgesetzes,

   die Staatsministerinnen und Staatsminister in Höhe des um ein Dreizehntel erhöhten Grundgehaltes der Besoldungsgruppe B 10 der Bundesbesoldungsordnung B des Bundesbesoldungsgesetzes;

   2. einen Familienzuschlag nach der Bundesbesoldungsordnung B des Bundesbesoldungsgesetzes und der Stufe, die den Familienverhältnissen entspricht;"

2. § 2 Abs. 2 Satz 1 erhält folgende Fassung:

   „Den Mitgliedern der Landesregierung kann eine Amtswohnung zugewiesen werden; die hierfür zu entrichtende ortsübliche Miete wird durch die Staatsbauverwaltung festgesetzt."

3. § 5 Abs. 4 Satz 1 Nr. 2 erhält folgende Fassung:

   „2. der Familienzuschlag (§ 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2) bis zur Stufe 1."

Artikel 2

Die Versorgung der bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen ehemaligen Mitglieder der Landesregierung sowie der derzeitigen und künftigen Hinterbliebenen eines ehemaligen Mitglieds der Landesregierung regelt sich nach dem bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes geltenden Recht. Berechnungsgrundlage der Versorgung bleiben Amtsgehalt und Wohnungsentschädigung; insoweit findet das Bundesbesoldungsgesetz in der am 30. Juni 1997 geltenden Fassung weiterhin Anwendung. An allgemeinen prozentualen Anpassungen der Besoldung der Bundesbeamten der Besoldungsgruppe B 10 nimmt die der Regelung des Satzes 1 unterfallende Versorgung teil.

[1]) Ändert GVBl. II 13-24
[2]) Ändert GVBl. II 12-8

Artikel 3[2])

Gesetz zur Änderung von Bestimmungen des hessischen Abgeordnetenrechts

§ 1

Das Abgeordnetenentschädigungsgesetz (AbgEG) vom 9. Juli 1973 (GVBl. I S. 234), zuletzt geändert durch Gesetz vom 21. Dezember 1976 (GVBl. I S. 531), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 2. Halbsatz wird gestrichen.
2. In § 11 Abs. 2 Satz 1 werden nach dem Wort „beträgt" die Worte „vor Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des hessischen Abgeordnetenrechts vom 30. Januar 1998 (GVBl. I S. 26)" eingefügt.
3. Als § 11 a wird eingefügt:

   „§ 11 a

   Fortgeltung, Anpassung

   (1) Die Versorgungsleistungen regeln sich nach dem bis zum Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des hessischen Abgeordnetenrechts vom 30. Januar 1998 (GVBl. I S. 26) geltenden Recht. Berechnungsgrundlage des Ruhegeldes und der Hinterbliebenenversorgung bleiben fünfundzwanzig vom Hundert des Amtsgehalts eines hessischen Staatsministers; insoweit findet das Gesetz über die Bezüge der Mitglieder der Landesregierung in Verbindung mit dem Bundesbesoldungsgesetz in der am 30. Juni 1997 geltenden Fassung weiterhin Anwendung.

   (2) Das Ruhegeld und die Hinterbliebenenversorgung werden um denselben Vom-Hundert-Satz wie die Grundentschädigung nach § 5 Abs. 1 des Hessischen Abgeordnetengesetzes (HessAbgG) vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1995 (GVBl. I S. 557, 1996 I S. 8), angepaßt.

   (3) Die Rundungsbestimmungen des HessAbgG sind entsprechend anzuwenden."

4. In § 13 Abs. 1 Satz 3 werden nach den Worten „§ 11 Abs. 2 Satz 1" die Worte „in Verbindung mit § 11 a" eingefügt.

§ 2

Das Hessische Abgeordnetengesetz vom 18. Oktober 1989 (GVBl. I S. 261), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1995 (GVBl. I S. 557, 1996 I S. 8), wird wie folgt geändert:

In § 38 Abs. 1 werden nach dem Wort „Fassung" die Worte „und unter Berücksichtigung des Gesetzes zur Änderung von Bestimmungen des Hessischen Abgeordnetenrechts vom 30. Januar 1998 (GVBl I S. 26)" eingefügt.

§ 3

Die Regelung des § 11 a Abs. 1 AbgEG nimmt an der allgemeinen prozentualen Anpassung der Besoldung der Empfänger von Bezügen der Besoldungsordnungen B am 1. Juli 1997 teil.

Artikel 4

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Juli 1997 in Kraft.

Die verfassungsmäßigen Rechte der Landesregierung sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Wiesbaden, den 30. Januar 1998

Der Hessische Ministerpräsident

Eichel

Elfte Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Senate und Kammern bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit*)

Vom 20. Januar 1998

Auf Grund des § 3 des Hessischen Gesetzes zur Ausführung der Verwaltungsgerichtsordnung in der Fassung vom 27. Oktober 1997 (GVBl. I S. 381) wird verordnet:

Artikel 1

In § 1 Satz 1 Nr. 1 der Verordnung über die Senate und Kammern bei den Gerichten der Verwaltungsgerichtsbarkeit vom 18. Oktober 1986 (GVBl. I S. 307), zuletzt geändert durch Verordnung vom 25. März 1994 (GVBl. I S. 172), wird das Wort „vierzehn" durch das Wort „dreizehn" ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. April 1998 in Kraft.

Wiesbaden, den 20. Januar 1998

Der Hessische Minister
der Justiz und
für Europaangelegenheiten

von Plottnitz

*) Ändert GVBl. II 212-12

Verordnung zur Änderung der Verordnung über die von den Fachhochschulen zu verleihenden Diplomgrade*)

Vom 30. Januar 1998

Auf Grund des § 60 Abs. 3 des Hochschulgesetzes in der Fassung vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 294), geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 1995 (GVBl. I S. 558), wird im Benehmen mit den Fachhochschulen verordnet:

Artikel 1

§ 1 Abs. 1 Satz 1 der Verordnung über die von den Fachhochschulen zu verleihenden Diplomgrade vom 28. März 1995 (GVBl. I S. 180), geändert durch Verordnung vom 19. November 1996 (GVBl. I S. 516), wird wie folgt geändert:

1. In Nr. 1 wird das Semikolon durch ein Komma ersetzt und werden darunter die Worte „Internationaler Studiengang Finance and Law;" eingefügt.
2. In Nr. 5 wird das Semikolon durch ein Komma ersetzt und darunter das Wort „Informatik;" eingefügt.
3. Nr. 7 erhält folgende Fassung:

   „7. Diplom-Ingenieur (Fachhochschule)/ Dipl.-Ing. (FH)

   Diplom-Ingenieurin (Fachhochschule)/ Dipl.-Ing. (FH)

   den Studiengängen
   Architektur,
   Bauingenieurwesen,
   Chemie,
   Chemische Technologie,
   Elektrotechnik,
   Elektrotechnik/Automatisierungstechnik,
   Elektrotechnik/Energietechnik,
   Elektrotechnik/Telekommunikation,
   Energie- und Wärmetechnik,
   (Allgemeine) Feinwerktechnik,
   Fernsehtechnik und elektronische Medien,
   Gartenbau,
   Gießerei- und Werkstofftechnik,
   Ingenieur-Informatik,
   Innenarchitektur,
   Krankenhaus- und Medizintechnik, Umwelt- und Biotechnologie,
   Kunststofftechnik,
   Landespflege,
   Lebensmitteltechnologie,
   Maschinenbau,
   Media System Design,
   Nachrichtentechnik,
   Optotechnik und Bildverarbeitung,
   Orthopädie- und Rehatechnik,
   Physikalische Technik,
   Produktionstechnik,
   Umwelttechnik/Umweltmeßtechnik,
   Verfahrenstechnik,
   Vermessungswesen,
   Weinbau- und Getränketechnologie,

   dem Berufsintegrierten Studiengang
   Maschinenbau,

   dem Ergänzungsstudiengang
   Maschinenbau-Informatik;"
4. In Nr. 11 wird das Semikolon durch ein Komma ersetzt und darunter das Wort „Pflegemanagement;" eingefügt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Wiesbaden, den 30. Januar 1998

Die Hessische Ministerin
für Wissenschaft und Kunst

Dr. Hohmann-Dennhardt

*) Ändert GVBl. II 70-185

Anordnung zur Änderung der Anordnung über Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten der Beamten und Richter im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten*)

Vom 28. Januar 1998

Auf Grund des § 7 i Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Richtergesetzes in der Fassung vom 11. März 1991 (GVBl. I S. 54), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16. Dezember 1997 (GVBl. I S. 445), wird bestimmt:

Artikel 1

In § 3 Abs. 1 Nr. 3 der Anordnung über Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten der Beamten und Richter im Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz und für Europaangelegenheiten vom 27. September 1977 (GVBl. I S. 406), zuletzt geändert durch Anordnung vom 8. September 1997 (GVBl. I S. 355), wird nach Buchst. b folgendes angefügt:

„sowie bei Nebentätigkeiten von Richtern die Befugnisse der Dienstbehörde im Sinne des § 7 i Abs. 2 Satz 1 des Hessischen Richtergesetzes,".

Artikel 2

Diese Anordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

Wiesbaden, den 28. Januar 1998

Der Hessische Minister
der Justiz und
für Europaangelegenheiten

von Plottnitz

*) Ändert GVBl. II 320-71

Berichtigung

Betr.: Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 418)

In den dem Gesetz als Anlage beigefügten Haushaltsplänen sind die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 21 (Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung) und in ihrer Summe wie folgt zu berichtigen:

Haushaltsplan 1998

Teil I Haushaltsübersicht

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
		1998	1999	2000	2001	spätere Jahre
		DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7
21	Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung	32 200 000	13 250 000	11 950 000	5 500 000	1 500 000
		3 048028 800	1 220 812 600	924 982 800	555 403 800	346 829 600

Haushaltsplan 1999

Teil I Haushaltsübersicht

B. Zusammenfassung der Verpflichtungsermächtigungen der Einzelpläne und deren Inanspruchnahme

Epl.	Bezeichnung	Verpflichtungsermächtigung	von dem Gesamtbetrag (Sp. 3) dürfen fällig werden			
		1999	2000	2001	2002	spätere Jahre
		DM	DM	DM	DM	DM
1	2	3	4	5	6	7
21	Hessisches Ministerium für Frauen, Arbeit und Sozialordnung	27 600 000	12 250 000	9 850 000	4 500 000	1 000 000
		2 300 127 800	856 322 100	677 842 000	421 528 400	344 435 300

Berichtigung

Betr.: Haushaltsbegleitgesetz des Landes Hessen für die Haushaltsjahre 1998 und 1999 vom 18. Dezember 1997 (GVBl. I S. 429)

In Art. 14 § 1 Nr. 6 Buchst. c muß es in der Fußnote statt „B 6" „B 7" heißen.

Absender: A. Bernecker Verlag GmbH
Unter dem Schöneberg 1
34212 Melsungen

Herausgeber: Hessische Staatskanzlei, Wiesbaden
Verlag: A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 14 00
ISDN: (0 56 61) 73 13 61, Internet: www.bernecker.de
Druck: A. Bernecker GmbH & Co. Druckerei KG,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 61) 7 31-0, Fax (0 56 61) 73 12 89

Vertrieb und Abonnementverwaltung:
A. Bernecker Verlag GmbH,
Unter dem Schöneberg 1, 34212 Melsungen,
Telefon (0 56 64) 94 80 30, Fax (0 56 64) 94 80 40

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Verlagsabonnement Bezugszeit ist das Kalenderjahr. Abbestellungen zum 31 Dezember müssen spätestens am 15. November schriftlich beim Verlag vorliegen. Fälle höherer Gewalt, Streik, Aussperrung und dergleichen entbinden den Verlag von der Verpflichtung auf Erfüllung von Aufträgen und Schadensersatzleistungen.

Bezugspreis: Der jährliche Bezugspreis beträgt 91,- DM einschl MwSt. und Versand. Einzelausgaben kosten bis zu einem Umfang von 16 Seiten DM 7,–. Bei stärkeren Ausgaben erhöht sich der Preis um 5,60 DM je zusätzlich angefangener 16 Seiten. Die Preise verstehen sich inkl. MwSt. und zzgl. Porto und Verpackung